

der DEUTSCHEN BUNDESBANK genesen, oder es wird nicht sein, so ließe sich etwa die Politik der konservativ-liberalen Bundesregierung zusammenfassen. Ist dies aber eine gute Grundlage für die gemeinsame Zukunft? In allen europäischen Staaten regt sich Unmut gegenüber der deutschen Euro-Intransigenz. Bundeskanzler Helmut Kohls Ziel ist es, den Integrationsprozeß durch die Einführung der Währungsunion unumkehrbar zu machen. In Großbritannien führt dies zu massiven anti-deutschen Vorurteilen. Auch in Frankreich gibt es unter dem Firnis der diplomatischen Höflichkeiten tiefstehende antideutsche Ressentiments im politischen Establishment. Die stattfindende Renationalisierung in Frankreich hat eine germanophobe Spitze. Die deutsche politische Klasse tut jedoch so, als ob es all das nicht gäbe und pocht weiter in maximalistischer Attitüde auf ihre europapolitischen »Visionen«. Wie konnte es dazu kommen? War nicht der europäische Integrationszug auf ein Gleis gesetzt worden, das ihn unweigerlich in die heile Welt der »Vereinigten Staaten von Europa« führen sollte? Wie konnte es kommen, daß dieser Traum einer Seifenblase gleich zerplatzt ist? Liegt es vielleicht an der Widerstandsfähigkeit des nationalstaatlichen Konzepts?

Anstatt nach den epochalen Veränderungen des Jahres 1989/90 über völlig neue politische Konzepte für die Einheit ganz Europas nachzudenken, gebar die Intelligenz der europäischen Eliten nur den Vertrag von Maastricht; ein politischer Anachronismus schon bei seinem Abschluß. Nicht eine vertiefte Integration und Abschottung Westeuropas, sondern die Neuordnung ganz Europas stand auf der Tagesordnung. Das Integrationskonzept à la Maastricht war seit 1990 ein Muster ohne Wert.

Neue Zeiten und altes Denken

Die Zäsur von 1989/90 hat also nicht nur die *raison d'être* der europäischen Integration, sondern auch die Grundlage der deutsch-französischen Beziehungen erschüttert und in Frage gestellt. Mit dieser

LUDWIG WATZAL

Der Nationalstaat und die deutsch-französischen Beziehungen

Europa ist nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Weltdeutungssystems zur letzten Utopie sowohl der Linken und Konservativen als auch der Liberalen geworden. Wenn alle führenden politischen Richtungen in Deutschland für eine Idee eintreten, scheint mit der Idee etwas nicht in Ordnung zu sein. Insbesondere die deutsche politische Klasse versucht, diese Utopie für alle anderen europäischen Nationalstaaten verbindlich zu machen. Europa wird also am deutschen Wesen à la Kohl, Waigel und

Konsequenz will sich die deutsche politische Klasse partout nicht auseinandersetzen. Obwohl in den Beziehungen der beiden Länder so gut wie nichts mehr funktioniert, werden eine heile Euro-Welt und deutsch-französische Gemeinsamkeiten vorgetäuscht, die es in der Realität nicht mehr gibt. Auch die deutschlandkritischen Stimmen in Frankreich werden geflissentlich überhört. Linke und rechte Franzosen fürchten eine deutsche Dominanz der EU. »Deutschland ist heute in der Lage... in Europa und insbesondere in Frankreich sein Modell durchzusetzen: Marktwirtschaft, Konkurrenzfähigkeit, erhoben zur höchsten Instanz der menschlichen Gesellschaft, Konsenszwang, eine Politik, die auf die technische Verwaltung von Problemen reduziert ist, Hierarchisierung der Staaten nach Maßgabe ihres jeweiligen Reichtums«, so Jean-Pierre Chevènement in einem Interview mit der ZEIT. Die Furcht vor einer deutschen Hegemonie hat geradezu neurotische Züge angenommen. Die französische Elite zeigt sich seit diesem Epochenbruch ebenfalls irritiert; sie fürchtet zu Recht um ihre Macht und ihren Einfluß in Europa. Durch die internationalen Veränderungen wurde Frankreich zu einer Regionalmacht am Rande Europas.

Was dieser Epochenbruch ebenfalls zeitigt hat, war der Zusammenbruch der Vielvölkerstaatlichkeit und die Renaissance des Nationalstaates. Ein Totgesagter feiert sein Comeback. Die in postmodernen und surpranationalen Gefilden schwelgenden deutschen Eliten konnten mit der Wiedergeburt des Nationalstaats und der damit einhergehenden Renationalisierung der Politik nichts anfangen. Sie empfahlen als »Gegengift« die Auflösung der Nationalstaaten, obwohl gerade Deutschland seine Einheit nationalstaatlich und nicht über die europäische Integration erreicht hat. Daß ein solcher Vorschlag aus Deutschland kommt, sollte im Ausland nicht verwundern. Kein Franzose, Engländer, Italiener oder Däne würde auch nur im Traum auf diese Idee verfallen. Was berechtigt eigentlich die westeuropäischen Eliten dazu, dem Osten vorzuhalten, daß von dort nur Gefährliches



Chirac bei Kohl, September 1996

Foto: dpa

komme wie Nationalismus, Populismus und Intoleranz? »Ich rede von der Wiedergeburt des Nationalismus in Mittel- und Osteuropa«, so der SPD-Intellektuelle Peter Glotz in seinem Buch *Der Irrweg des Nationalstaats*, in dem er das Konzept des Nationalstaats mit Nationalismus verwechselt. Die Nationalstaatsidee wird als Relikt des ausgehenden 18. Jahrhunderts diffamiert. Sie sei ein Auslaufmodell, weil sie die anstehenden Probleme nicht mehr lösen könne und deshalb durch ein »Vereintes Europa« abzulösen sei. Will man mit der Beschwörung Europas nicht die eigene Entschlußlosigkeit verschleiern?

Die Idee des Nationalstaates ist eine Erlungenschaft der Aufklärung und eine Er-

folgsstory par excellence. Sie hat nicht, wie Glotz behauptet, »in der ganzen Welt Unfrieden« gestiftet. Der Nationalstaat ist der einzige Garant der Menschen- und Minderheitenrechte. Die Völker organisieren sich in Nationalstaaten. Die Volksherrschaft ist an den Nationalstaat gebunden. Er ist die historische Antwort auf die Kleinstaaterei. Nationalstaat und Nationalismus haben nur in den seltensten Fällen etwas miteinander zutun. Nicht die Fortexistenz des Nationalstaates wird zu Nationalismus führen, sondern seine Zerschlagung wird regionalistische, separatistische und letztendlich rassistische Vorurteile freisetzen. Der Wegfall der identitätstiftenden Organisationseinheit könnte zu nationalistischen Konflikten führen. Das »Europa der Regionen« oder die Vorstellungen der LEGA NORD und anderer separatistischer Bewegungen muten geradezu mittelalterlich an. Sollten diese Konzepte politisch umgesetzt werden, wird das zu einer massiven Renationalisierung der Politik in Europa führen. Nationalismus und nationalistische Exzesse, vor denen man sich tatsächlich fürchten sollte, werden die Folge sein.

Woher nehmen eigentlich die Europa-euphoriker die Chuzpe, dem Nationalstaat die Handlungsfähigkeit abzusprechen? Hat vielleicht die EU den Konflikt in Jugoslawien oder die Massaker in Ruanda beendet? Außer besorgt klingenden Presseerklärungen war aus Brüssel nichts zu vernehmen. Oder war sie bisher in der Lage, den Nordirlandkonflikt zu lösen, obwohl Irland und Großbritannien EU-Mitglieder sind? Hatte sie irgend etwas Positives im Streit zwischen Griechenland und Mazedonien beizusteuern? Ihr Engagement in Mostar ist nur noch peinlich zu nennen. Wäre es nach ihr gegangen, hätte man heute noch mit Saddam Hussein über die Rückgabe Kuwaits verhandelt. Die Liste der außenpolitischen Fehlleistungen ließe sich beliebig fortsetzen. Die EU hat augenblicklich jedenfalls nicht die Kraft, über die Schicksalsfragen Europas zu entscheiden, geschweige denn in globale Sphären vorzudringen. Ohne den Einsatz und die Entscheidung souveräner Regierungen wie der USA und

Frankreichs hätte sich in einigen Konflikten nichts bewegt.

Die Neugestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses

Die politischen Eliten in Frankreich und Deutschland haben die weltpolitische Zäsur von 1989 immer noch nicht verdaut. Deutschland wurde im Zuge der Veränderungen von der Peripherie ins Zentrum europäischer Politik katapultiert. Es ist der Fokus des neu entstehenden Mitteleuropas und eine europäische Großmacht. Frankreichs Rolle in Europa wurde dagegen relativiert. Diese Tatsache erfordert ein neues Denken und bedeutet ein Mehr an außenpolitischer Verantwortung, die man in Deutschland nur widerwillig bereit ist zu übernehmen.

Auch in Frankreich hat die neue Rolle Deutschlands für einige Aufregung innerhalb der politischen Klasse gesorgt. Bis zuletzt versuchte man, die deutsche Vereinigung zu blockieren. Der Schlüssel dazu lag jedoch nicht in Paris. Frankreich befürchtete zu Recht, an den Rand Europas gedrängt, sprich marginalisiert zu werden, und sah in Deutschland die neue Führungsmacht in Europa. Eine Befürchtung die unbegründet ist, weil niemand in Deutschland eine solche Rolle anstrebt. Auch Bundeskanzler Kohl nicht, dessen Statur und Rolle – insbesondere im Ausland – völlig überschätzt wird.

Um seine alte Führungsrolle in Europa wiederzuerlangen, verfolgt Frankreich eine Doppelstrategie: erstens versucht es, durch die Achse EU – WEU den Einfluß der USA zurückzudrängen und die NATO auszuhebeln und zweitens durch die Maastriicht-Verträge von 1991 die darin konzipierte Wirtschafts- und Währungsunion dafür zu nutzen, die Dominanz der DEUTSCHEN BUNDESBANK zu brechen und die europaweite Leitwährung, die D-Mark, zu europäisieren, um damit gleichzeitig Deutschlands dominante Rolle zu brechen. Gelänge dies, wäre Frankreich wieder europäische Führungsmacht. Sein Ziel verfolgt Frankreich unter Jacques Chirac mit der gleichen Konsequenz wie unter Mitterrand. Ihr in Brüssel für

Währungsfragen zuständiger Vertreter, Yves-Thibault de Siguy, hat dies unmißverständlich deutlich gemacht: »Unser Ziel ist es, die Europäische Währungsunion so schnell wie möglich zu verwirklichen.« Es gebe keinen Grund, den Termin von 1999 aufzugeben. »Der Vertrag muß erfüllt werden«, fordert er. Die Währungsunion liegt somit im ureigensten französischen Interesse – und widerspricht deutscher Interessenpolitik., wie der Historiker Michel Korinman in seinem Vortrag *Europa – eine geopolitische Sicht* anlässlich des 2. Symposiums der deutschen Akademien der Wissenschaften in Mainz betonte (s. NG/FH 10/96).

Auf lange Sicht kommt Deutschland außenpolitisch nicht darum herum, sich wie ein normaler Nationalstaat zu verhalten und eine eigenständige nationale Interessenpolitik zu betreiben. Beide Termini, *normaler Nationalstaat* und *nationale Interessenpolitik*, sind in Deutschland aus historischen Gründen heftig umstritten. Trotz alledem muß Deutschland sich unter gewissen Voraussetzungen in den internationalen Beziehungen langfristig wie jeder andere Nationalstaat verhalten, da alles andere »Sonderwege« wären und die Nachbarn und Verbündeten irritieren würde. Die sprichwörtliche »deutsche Angst« ist zu einem *terminus technicus* der internationalen Politik geworden. Weder braucht Deutschland selbst vor seiner neuen Größe Angst zu haben, noch besteht bei unseren Nachbarn Anlaß zur Sorge. Ob eine Totalintegration in die EU der geeignete Weg ist, diese Angst loszuwerden und die Bedenken im Ausland zu zerstreuen, darf bezweifelt werden, da es den anderen politischen Eliten in Europa nicht zu vermitteln ist, daß deutsche Interessen ausschließlich durch die EU befriedigt werden können. Eine solche Selbstlosigkeit macht Deutschland wieder suspekt. Trifft der britische Historiker Timothy Garton Ash die geistige Verfassung der Deutschen nicht, wenn er schreibt: »At times, it seems as though the Federal Republic has grown in size but shrunk in spirit.« Außerhalb der deutschen Grenzen sehen nicht alle diese These von einem in

Europa aufgehenden deutschen Nationalstaat mit Befriedigung. »Könnte es nicht sein, daß »Europa« im deutschen Munde tatsächlich das Codewort für den neuen deutschen Nationalismus ist«, fragt Ralf Dahrendorf in der Zeitschrift MERKUR besorgt, um dann fortzufahren, daß dieser »Euro-Nationalismus mitten aus dem Herzen der deutschen Politik, der großen Europa-Koalition der alten Bundesparteien« komme.

Seit der Regierungsübernahme Jacques Chiracs läuft im deutsch-französischen Verhältnis nicht mehr viel, trotz gegenseitiger Treueschwüre. Diese fundamentalen Gegensätze werden nach außen durch publizistisch perfekt aufgemachte rhetorische Luftblasen über-tüncht, wie die gemeinsamen Artikel von Klaus Kinkel und Alain Juppé sowie Werner Hoyer und Michael Barnier zeigen. In beiden Texten werden weder die NATO noch die USA mit einem Wort erwähnt. Vollmundig will man eine »gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen«, wohlwissend, daß sich ohne den amerikanischen Beitrag Europa nicht stabilisieren läßt. Trotz der rhetorischen Pflichtübungen bestehen große Interessengegensätze: Frankreichs Interessen liegen eher im Mittelmeerraum, wohingegen Deutschland seine Interessen in Osteuropa zu wahren hat. Dieser Prioritätenkonflikt könnte sich nicht nur zu einem zentralen Konflikt in der EU ausweiten, sondern auch zum Gradmesser der deutsch-französischen Beziehungen werden.

Wie läßt sich das deutsch-französische Verhältnis aus der Sackgasse herausführen? Kulturelle Determinanten werden beim Fortschreiten des Integrationsprozesses immer wichtiger. Deshalb gerade ist es unverantwortlich, Europa allein vom Gelingen der Währungsunion abhängig zu machen. Sie müßte am Ende eines ökonomischen Angleichungsprozesses stehen und nicht an dessen Anfang. Diese funktionalistischen Lösungen zeigen, daß die »Berufseuropäer« keine geistige Idee von Europa haben. Sie haben noch nicht einmal Ansätze zur Bildung einer Europation hervorgebracht.

Daß sich die kulturellen Gegensätze zum Stolperstein für den Integrationsprozeß herauskristallisieren könnten, macht auch der französische Politologe Emmanuel Todd deutlich. In seinem Buch *L'invention de l'Europe* vertritt er die These, daß die Vielfalt der Strukturen, der Sitten und Werte einfach zu groß sei, als daß man sie durch die Währungsunion überbrücken könnte. In Zeiten zunehmender Divergenz zwischen Nationen und Regionen könne ein einheitliches Geldsystem die Vielfalt der Probleme nicht lösen, so Todd. Eine fragile Währungsunion berge ein erhebliches Konfliktpotential. Das deutsch-französische Tandem funktioniere nur solange, wie beide Staaten ihre Eigenheiten lebten. Auch auf das Konzept der Nation und des Nationalstaats könne Frankreich nicht verzichten, weil es unter anderem zur Abwehr des reaktionären Nationalismus Le Pens diene. Das zeigt die Relevanz kultureller Faktoren, die von deutscher Seite hartnäckig ignoriert wird. Für Frankreich und Großbritannien bilden Nation und Souveränität eine unauflöslche Einheit, die beide nicht bereit sind, für Europa und eine gemeinsame Außenpolitik aufzugeben. In einem Interview in der SUNDAY TIMES vom 1. Oktober 1995 sagte der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors: »Ich habe nie an das Konzept gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik geglaubt. Zu groß! Es konnte angesichts der Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedern nicht funktionieren.«

Mit dem Regierungsantritt von Jacques Chirac hat sich Frankreich als souverän handelnder Akteur in den internationalen Beziehungen zurückgemeldet. Chiracs Politik zielt eher auf die Stärkung der Souveränität Frankreichs als auf dessen Schwächung. Überdeutlich wurde das während des Nahostbesuchs des französischen Außenministers Hervé de Charette, bei dem er deutliche Worte über die eigenständige Rolle Frankreichs in der Region fand. Er sprach ausdrücklich im Namen Frankreichs und nicht der EU. Auch die Vermittlung bei der Aushandlung des Abkommens zwischen Israel und der Hisbollah war ein großer Erfolg französischer Außenpolitik. Nur Frankreich

scheint in der Lage zu sein, den prädominanten Einfluß der Amerikaner einigermaßen auszubalancieren. Diesem Ziel diene auch der Besuch des französischen Staatspräsidenten in der Region, der zu einem Triumphzug in den arabischen Staaten wurde, aber zu einer reinen Katastrophe in Israel. Chirac war schlecht beraten, sich tagelang in arabischen Despotien aufzuhalten und vor dem Pseudoparlament der Palästinenser in Ramallah eine Rede zu halten, sich aber einer Ansprache in der Knesset zu verweigern. Seine Nahostinitiative wird europaweit nicht fruchten, da Deutschland und Großbritannien gegen eine stärkere Einmischung in den israelisch-palästinensisch-amerikanischen Dialog sind. Es ist jedoch zu hoffen, daß Frankreich und Deutschland sich doch noch besinnen, die Dominanz der USA im Nahen Osten zurückzudrängen. Eine Neuauflage der Monroe-Doktrin für diese Region ist für Europa nicht hinnehmbar.

Nachdem Frankreich Deutschland mehr als einmal düpiert hatte, wie die Entscheidung über die Wiederaufnahme der Atomtests, die Abschaffung der Wehrpflicht sowie die Auflösung der Truppenstandorte in Deutschland zeigen, stellt sich die Frage, wie in Zukunft kooperiert werden soll. Vielleicht will Frankreich dies zu Kohls Bedingungen gar nicht mehr. Voraussetzung für eine gedeihliche Zusammenarbeit muß sein, daß Deutschland auf die Durchsetzung seiner föderalen Konzeption von einem Bundesstaat Europa offiziell verzichtet und einer Integration auf Nationalstaatsebene das Wort redet. Weder für Briten noch Franzosen kommt eine Aufgabe des Nationalstaates sowie zentraler Souveränitätsrechte zugunsten des Europaparlaments in Frage. John Major glaubt daran, daß es richtig ist, »den Nationalstaat als grundlegende Souveränitätseinheit beizubehalten«. Auch unter einer Labour-Regierung wird sich an der Haltung Großbritanniens gegenüber der EU wenig ändern.

Realpolitik und keine Europaträumeri ist also angesagt. Das könnte auch das ramponierte Image der EU aufbessern. Die Bürger assoziieren mit Europa sowie

so nur noch Rinderwahnsinn, organisierte Kriminalität, Drogen, persönliche Bedrohung, Flüchtlinge und Einwanderung. In ihrem Bewußtsein ist Europa mit Angst besetzt. Das europäische Bewußtsein, wenn es so etwas je gegeben hat, ist zu einem »antieuropäischen« geworden. Frankreich und Großbritannien sollten zusammen mit Deutschland der Brüsseler Bürokratie und ihrem Zentralisierungswahn einen Riegel vorschieben. Denn das im Augenblick entstehende Europa »hat den Bauch der Industrie gefüllt, aber die Gefühle der Menschen nicht gewonnen«, schreibt Heribert Prantl in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG. Das Europa, das im Augenblick angestrebt wird, ist ein Europa der Großbanken und multinationalen Konzerne und kein Europa der Bürger. Ein europäischer Superstaat liegt dagegen nicht im Interesse der Verbraucher, der Arbeitnehmer, der Steuerzahler, der Umwelt oder der Entwicklungsländer.

Den größten Nutzen werden die europäischen Staaten aus der Fortsetzung der Integration ziehen, wenn sie sich auf ihre besten Leistungen konzentrieren, nämlich den freien Handel zu fördern und zu praktizieren. Alle weiteren Maßnahmen führen zur Bürokratisierung und zur Lähmung der Handlungsfähigkeit Europas. Erfolg wird sich für die EU erst wieder einstellen, wenn man Abstand von der Abschaffung des Nationalstaates nimmt. Ein Scheitern der Währungsunion wäre aber nicht das Ende des »heterogenen« oder »multikulturellen« Nationalstaates, der doch ein erstrebenswertes Ziel europäischer Politik sein und die Grundlage für die weitere Integration abgeben sollte. Dies zu erreichen, wäre ein großer Fortschritt. Der Nationalstaat wird also noch für eine lange Zeit die reale Bezugsgröße in den internationalen Beziehungen bleiben.